(Alp)Traumfabrik Fernsehen Seite 3



Fritz

Ausgabe 2 /2000 Mitteilungsblatt der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen Preis: 2,50 DM



„Remembrance“

Vom Umgang der Völker mit ihren Söhnen oder Alle Tote sind doch nicht gleich

“Remembrance” - Erinnerung - steht auf den ca. 10 cm kleinen Holzkreuzen, schlicht geschmückt mit einer mittig angebrachten stilisierten Mohnblüte.



Nach dem I. Weltkrieg begannen die Engländer mit dem Verkauf dieser Erinnerungskreuze zur Finanzierung der Soldatengräber am “Remembrance”-Day” (im Volksmund nach der Mohnblüte auch “Poppy-Day” genannt).
Noch heute findet man diese schlichte, fast kitschig wirkende Beigabe zigfach auf den Soldatenfriedhöfen der Weltkriege überall in Europa, alljährlich tausendfach abgelegt als “Wegwerf-Mitbringsel”.

“Remembrance” - Erinnerung
fand ich auch auf den vielen kleinen Kreuzen an den Gräbern von Friedhöfen des I. Weltkrieges in Flandern im Mai dieses Jahres stehen.
Dabei ein kleiner Kranz mit dem Brief der Schüler der Stownmarket-Highschool, Suffolk, England: “Wir wollen die Frauen und Männer ehren, die ihre Pflicht taten und ihr Leben gaben im großen Krieg.....wir wissen, daß ihr für unsere Zukunft euere Gegenwart geopfert habt.”, niedergelegt am 01. April 2000 “anläßlich des jährlichen Besuches der Schlachtfelder des I. Weltkrieges”.

Nichts neues, mag man beschämt denken - weiß man doch um den schmerzlichen Kontrast im Umgang anderer europäischer Länder mit ihren gefallenen Söhnen und des bundes reuplikanischen Verdrängungs- und Vergessens-Status quo.
So gedenken also englische Schüler ihren Urgroßvätern? - es war der deutsche Soldatenfriedhof Langemark, wo ich die Kreuze, den Kranz mit dem Brief fand!

Abertausende deutscher Soldaten sind in den Trommelfeuern und

(Fortsetzung Seite 2)

Hoffnung für Ostdeutschland

Marion: Der einzige französische Beitrag zur Eindämmung des deutschen Expansionismus bestand darin, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze zu sichern. Aber ich gehe nicht davon aus, daß es dabei bleibt.

Frage: Sie meinen, aus Kaliningrad wird wieder Königsberg und aus Wroclaw wird wieder Breslau?

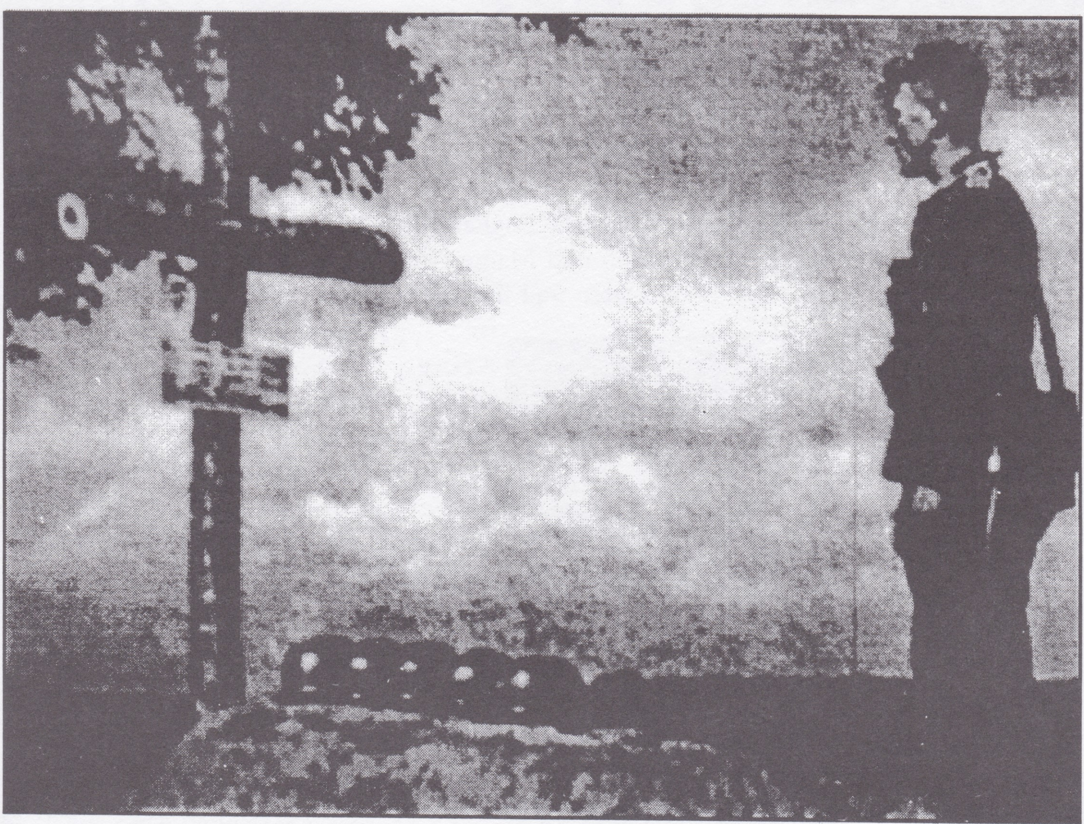
Marion: Sehen Sie sich die deutsch-polnische Grenze an, sie verläuft wenige Kilometer östlich von Berlin. Sie glauben doch nicht, daß es noch so lange so bleibt?

Frage: Aber die Polen leben seit über 50 Jahren in den alten deutschen Ländern, sie sind dort zu Hause. Meinen sie wirklich, die Deutschen wollten sie wieder vertreiben?

Marion: Das nicht, aber in den Randgebieten zu Deutschland wird die wirtschaftliche Macht der Deutschen den Spielraum des polnischen Souveräns erheblich einschränken. Ähnlich wie im US-Grenzland zu Kanada, vielleicht sogar etwas stärker.

Quelle: „Wirtschaftswoche“, 28.10.1999
Interview mit dem französischen Ex - Geheimdienstchef Pierre Marion

„Stahlgewittern" (Ernst Jünger) in Flandern gefallen. Sie ruhen auf drei Sammelfriedhöfen in Vladslo (25.644), Meenen (47.864) und Langemark (44.294);
Langemark ist mehr als das Grab von über 40.000 deutschen Soldaten, darunter 3000 Studenten mitsamt der ihr entwachsenen Führerschaft des Wandervogels als jugendbewegter Gegen- und Reformbewegung.



Karl Höffkes beschrieb diesen Opfergang der deutschen Jugend eindringlich: "Heute würde man sagen, in Langemark sei eine deutsche Jugend verheizt worden, Militärisch und menschlich sinnlos... Endet es so, wenn einer Jugend gelehrt wird, das Land mehr als das Leben zu lieben? Wenn Mannesmut und Soldatentum eins werden? Wer singt schon, wenn es ans Sterben geht?.......Und wir? Wo ertränken wir unser Aufbäumen? Wie kämpfen wir gegen die Ohnmacht? Zu welchem Schlag gegen wen ballen wir unsere Fäuste? Wir haben schöne Worte dafür: Vernunft, Pragmatismus, Realismus. Schöne Umschreibungen dafür, daß wir dem Feuer die Luft zum Atmen nehmen. Und dann, noch eine Stufe niedriger, sind wir noch größer im Verächtlichmachen: "Opfern" läßt sich ja schön in "Flucht vor dem Leben" uminterpretieren und "Todesverachtung" in "Dummheit". Und dann gibt es noch eine elendere Stufe der Moral: Da werden die Opfer der Geschichte in schöne einfache Kategorien eingeteilt. In die des "Fortschritts" etwa und in die dagegen. Was Fortschritt ist, bestimmt der jeweilige "Zeitgeist".
Am Bodensatz der Verlogenheit sind wir dann bei "Freiheitskämpfern" und "Verheizten" angelangt...........Als sie in Langemarck aus der Deckung heraustraten und sich nach vorne warfen, taten sie dies nicht gegen die Engländer auf der anderen Seite und nicht in Geringschätzung ihres eigenen Lebens. Sie starben, weil sie so leben wollten: Ohne die Deckung, ohne den Zwang. Sie wollten sich nicht in den Gräben ducken, sie wollten aufrecht gehen und ihre Lieder von der Freiheit singen....Ein kleines Sterben nur, angesichts des tödlichen Infernos...Aber doch ein großes in seiner Moral. Auch ein Aufruf an alle Zeiten danach? Duckt euch nicht ! Der Weg zur Freiheit führt aufrecht!"

Ein Fanal für Veränderung und des Aufbruches - folgt man der Prämisse, daß "nur tot ist, wer vergessen wird", so ist die posthume Exekution dieser Söhne Deutschlands in flämischer Erde nach über 80 Jahren gelungen durch den Bewußtseinsethnozid in den Köpfen der bundesrepublikanischen Jugend. Da wundert es kaum, daß sich kein Eintrag im Besucherbuch einer deutschen Schulklasse findet - welcher Alt-68er besucht mit seiner Schulklasse auch Stätten des Todes, die einen anderen Charakter als Konzentrationslager haben? Die Verständnisimplantation von 12 Jahren als 99% deutscher Geschichte beantwortet auch die Frage nach der vielbeschworenen Gleichheit der Toten.
Die Erinnerung an unsere Soldaten dieses heute nebensächlich gewordenen Kämpfens und Sterbens im I. Weltkrieg in Flandern, Ostpreußen oder woanders ist ein Baustein im Fundament eines Europas freier Nationen.
"R.I.P. Ruhe in Frieden" stand auf einem Kreuz, das "Parents, staff and friends of Dartmouth High School, Birmingham" am Sammelgrab für 24.917 deutsche Soldaten in Langemark niederlegten.
Es kann keinen Frieden geben ohne Gerechtigkeit, und keine Gerechtigkeit ohne Erinnerung.

Andreas Kalbitz

(Alp)Traumfabrik Fernsehen

Kaum ein Monat vergeht, ohne das uns TV-mediale Aufklärung über unsere Geschichte widerfährt.
Guido Knopp hat sich dabei zum „Bundesaufarbeiter" und Berufsbewältiger etabliert, um an tiefergehenden wissenschaftlichem Ansprüchen vorbei eine Mischung aus Information und Unterhaltung zu bieten, für die das Nachrichtenmagazin „Spiegel" den Begriff „Infotainment" schuf.
Tatsächlich ruft Knopps zeitgeschichtliche Aufklärung auf Untergeschoßniveau in zunehmendem Maße Kritik hervor, dort wo es am wenigsten zu vermuten gewesen wäre, nämlich bei seinen meinungsbildenen Genossen der schreibenden Zunft.
So enttarnt Michael Jeismann im Feuilleton der „Franfurter Allgemeinen Zeitung" vom 11. Februar dieses Jahres anläßlich der Aussendung der Knopp-Serie „Hitlers Kinder" die „Verwertungs-kette", mit der solche Produktionen an jedem wissenschaftlichen oder auch nur ernsthaft zeitgeschichtlichen Anspruch vorbei als Film oder Buch vermarktet werden. Jeismann: „Genauso, wie es bei „Hitlers Helfer" war. Wir stehen also wieder am Anfang einer medialen Verwertungskette. Es geht um Verbrauch. Um Aufklärung kann es nicht gehen, denn alles was von Guido Knopp präsentiert wird, ist bekannt....Und die Stiftung Warentest würde herausfinden, daß es sich hier um eine Mogelpackung handelt, obwohl nichts Falsches darin ist....Man ist sprachlos angesichts der Arroganz des faulen Erinnerungsgeschäfts und der Dürftigkeit, mit der uns das frech vor Augen geführt wird...Aber ein gutes Geschäft offensichtlich allemal." Von unerwarteter Seite wird Knopp so seiner Scheinargumentation von Forschung und Aufklärung beraubt und bekommt einen polemischen Breitseitentreffer auch in der Rubrik „Zippert zappt" der wohl kaum als übermäßig konservativ oder gar rechtslastig einstufbaren Zeitung „Die Welt" vom 17. März dieses Jahres: „Prof. Dr. Guido Knopp, ausgezeichnet mit „TeleStar", „Goldenen Kabel", „Goldenen Löwen" und vorgesehen als „Held der Aufarbeitung", lässt nicht locker im Bemühen, das Grauen für den Zuschauer konsumierbar zu machen. Aber muß Vergangenheitsbewältigung nicht viel weiter gehen? Was ist denn zum Beispiel mit „Hitlers Tieren"? Wäre es nicht an der Zeit, dieses schreckliche Kapitel der deutschen Geschichte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?..Endlich würde darüber aufgeklärt, welche Tiere Mitläufer und welche Täter waren. Braunkehlchen, Braunbär und Heckenbraunelle sind natürlich im höchsten Maße verdächtig. Warum gingen der Dachs, der Maulwurf und die Wühlmaus in den Untergrund? Was wußte Hitlers Schäferhund? Würden Sie uns das erzählen, Herrn Knopp? Nein? Dann sind wir schon sehr gespannt, womit Sie sich als nächstes beschäftigen werden. Etwa mit „Hitlers Pflanzen"?".
Ungeachtet dieser erfrischenden Erkenntnis von berufener Seite muß jedes Lachen im Halse ersticken, bedenkt man die Wirkung auf die konsumwillige Zielgruppe der breiten Schicht einfacher strukturierter Fernsehzuschauer als Verbraucher, die den wiedergekäuten und mit nicht allzu belastenden Tiefgang gesüßten Brei einsaugen und als vermeintliches Produkt pseudogeschichtlicher Aufklärung in ähnlich klebriger Konsistenz im eigenen Bewußtsein, wie in ihrem Umgang mit ihren Kindern, ihren politischen Entscheidungen, kurzum im Leben, verschmieren – welche später frei zu äußernde Meinung sich auf einer derart eingeschränkten und damit unfreien Meinungsbildungsgrundlage entwickeln soll, darf fraglich bleiben.

Andreas Kalbitz

Kinder in Gefahr

Impressum
Fritz ist das Mitteilungsblatt der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen e. V. (JLO) für Ihre Mitglieder und Förderer.
Bezugspreis:
2,50 DM je Heft für Förderer. Für Mitglieder der JLO frei.
Herausgeber:
Junge Landsmannschaft Ostpreußen e. V.
Postfach 200 111
17013 Neubrandenburg
Redaktion:
JLO/Fritz
Postfach 2910
02967 Hoyerswerda
e-Post: deutsche-zukunft@gmx.net
Satz:
Sebastian Richter

Was macht eigentlich der Verfassungsschutz wirklich

Das Bundesamt für Verfassungsschutz soll bekanntlich die Verfassung schützen. Da aber Deutschland keine Verfassung besitzt sondern nur ein Grundgesetz gilt das Schutzbedürfnis besonders der sogenannten freiheitlich, demokratischen Grundordnung. Sie gilt als Basis des Wertekanons in unserer Gesellschaft.
Als Extremist wird nun jeder gebrandmarkt der sich außerhalb dieser nicht näher definierten Formel stellt, ob berechtigt oder unberechtigt.
Als Hauptverdachtspunkt gilt dabei der offensichtliche Umsturz dieser Grundordnung durch Planung oder Tat. Die Verdachtsmomente werden dabei alljährlich in jedem Bundesland in sogenannten Verfassungsschutzberichten veröffentlicht. Soweit die Fakten.

Mittlerweile könntet man aber zu der Auffassung gelangen das dieser Inlandsgeheimdienst seiner Aufgabe nicht mehr gerecht wird. Anstatt nämlich kriminalistisch zu arbeiten, übt sich die Behörde als Tabu- und Moralwart und betreibt zunehmend politische Meinungsbildung.
Dabei wird offensichtlich wahllos jeder mit dem Stigmata des Verfassungsfeinds oder Extremisten diffamiert und ausgegrenzt der die Pfründe der politischen Nomenklatura bedroht. Genutzt wird dabei allerdings zumeist nur die Formel, „es gäbe Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen".
Liebe Leser, Sie geben mir doch sicher Recht mit meiner Behauptung, wenn der Inlandsgeheimdienst einen Verdacht entdeckt dann soll er bitteschön ermitteln und nicht über die laufenden Ermittlungen schwatzen. Sollte sich der Verdacht bestätigen ist es Sache der Justiz und diese würde sich dann mit den Ermittlungsergebnissen an die Öffentlichkeit wenden. Doch sollte sich der Verdacht nicht bestätigen, wäre es besser für den Verfassungsschutz zu schweigen.

Doch es scheint als würde die Behörde nicht kriminalistisch ermitteln sondern nur beobachten und journalistisch auswerten. Das führte allerdings dazu, besonders in jüngster Vergangenheit, mutmaßliche Verdachtsmomente in politische Aussagen umzuformen und politische Gegner kaltzustellen.
Während der Verfassungsschutz Parteien wie die Republikaner oder die PDS beobachten läßt während diese Parteien schon längst in den Parlamenten sitzen muß man ehrlich danach fragen wem dies nützen soll. Entweder die Parteien kämpfen in einer starken Demokratie politisch um die Macht oder man verbietet sie gleich, ansonsten ist doch etwas faul an unser Demokratie.
In Zeiten als es noch eine Staatssicherheit gab nannte man diese Vorgehensweise Zersetzung. Das läßt die Verfassungswächter in einem anderen Licht erscheinen und den Bürger nach dem Sinn einer solchen Behörde fragen. So oder so, man braucht werde einen Geheimdienst mit Anlehnung an Stasi-Methoden noch einen Papier-Tiger der seinem Namen nicht gerecht wird.

André Lange

kurz & knapp

Guderians Buch erscheint in Moskau

Die vor 50 Jahren von Generaloberst Heinz Guderian erschienenen „Erinnerungen eines Soldaten" sind in Moskau im Militärverlag herausgegeben wurden. Generaloberst Heinz Guderian gilt als Vater der deutschen Panzerwaffe. Die Erinnerungen des vorbildhaften deutschen Offiziers sind wortgetreu ins Russische übersetzt worden, so daß der russische Leser auch Zitate Guderians lesen kann, die man heute in Deutschland schmerzlichst vermissen dürfte. Die BRD verschweigt das Erscheinen geflissentlich, stimmt das Buch doch mit der Selbstgeißelung deutscher Behörden nicht überein.

Mitarbeiter Gesucht

Die Redaktion von Fritz sucht noch freiwillige Mitarbeiter die an der Erstellung von Fritz mitwirken möchten.
Gebraucht werden Bilder, Grafiken, Aktionsberichte aus den Landesverbänden, Artikel allgemein.
Wer Interesse an einer aktiven Mitarbeit hat, der wendet sich an folgende Adresse!

JLO / Fritz
Postfach 2910
02967 Hoyerswerda

Funktelefon: 01 70 / 9 57 18 87

e-Post: deutsche-zukunft@gmx.net

Die Redaktion

Fixerstuben legalisiert

Wieder eine „Meisterleistung" unserer Rot-Grünen Regierung! Da haben doch die Alt-68er ihre Träume aus der Hippi-und LSD-Zeit regierungsamtlich wahr gemacht. Prima, jetzt darf man sich öffentlich sich Heroin und ähnliches spritzen. Anstatt die Einfuhr und den Handel mit Rauschgiften kompromißlos zu bekämpfen, wird dem Absatz dieser schmutzigen Ware eine legale Konsummöglichkeit gegeben. Während die USA jüngst eine Spezialeinheit nach Kolumbien entsandte, um die kolumbianische Armee besser gegen die Drogenmafia zu unterstützen, geht man in Deutschland genau den entgegengesetzten Weg. Es scheint so als hätten die Altvorderen der politischen Linken nichts dazugelernt, als immer nur Gebetsmühlenartig ihre Deeskalationsmodelle zu propagieren. Dabei macht es zudem der New Yorker Bürgermeister Guiliani mustergültig vor, er geht mit ganzer Härte selbst gegen kleinste Straftäter vor und nutzt zusätzlich die Möglichkeit von Schnellgerichtsverfahren aus. Doch die Erfolgsstatistik des Bürgermeisters vom anderen Ufer des Teiches hat für das rot-grüne Establishment nur ein Problem, Guiliani gilt als konservativ und das ein Konservativer Erfolg hat würde ja die „Fortschrittsmodelle" der bundesrepublikanischen linken Kaste ad absurdum führen. Dabei blüht derzeit der schwarze Drogenmarkt wie noch nie, Dank offener Grenzen in „Euro-Land". Die quasi Legalisierung von harten Drogen durch öffentliche Fixerstuben ist verantwortungslos, vor allem weil man damit bestehende Tabus bricht, die Drogenszene somit schrittweise salonfähig macht. Das Problem wird aber erst dann sichtbar werden, wenn Kinder auf dem Schulhof meinten Drogen konsumieren sei „cool". Das Landtagswahlergebnis in Schleswig Holstein am letzten Februarwochenende scheint diesem Politikmuster jedoch Recht zu geben. Wieder mal fielen die allermeisten Stimmen auf die Aktivisten der Auflösungsstrategien und das sogar bei einer überraschend stabilen Wahlbeteiligung. Von Kräften, Bewegungen und Trends gegen die Etablierten war nichts zu spüren. Anlaß für uns aufzugeben?

Dagegen ein unüberhörbares: Nein!

JM

Ein freies Deutschland bauen!

Die revolutionäre Bewegung von 1989 ist eine Freiheitsbewegung für Deutschland. Sie ist eine Volksbewegung für die Freiheit der Deutschen, die sich gegen alle Formen und Begründungen undemokratischer Herrschaft in Deutschland wendet. Sie hat das Ziel, ein neues Deutschland zu bauen, das die praktische Entmündigung des Volkes in Grundfragen der Nation beendet, wie sie in der DDR üblich war. Sie wendet sich auch gegen ähnliche Tendenzen in der BRD. Die deutsche Einheit zu vollenden, bedeutet auch, daß der Westen des Landes sich ändern muß. Auch er muß die Lehren aus der Revolution von 1989 ziehen. „Freiheit für die Deutschen" ist das Vermächtnis dieser Revolution. Die deutsche Einheit ist in ihrem Kern Freiheit, sie zu vollenden heißt die Freiheit zu vollenden. Damit Deutschland wieder eins werden kann - auch eins mit sich selbst -, muß es frei werden. Damit es frei wird, muß es das Erbe von über 40 Jahren Unfreiheit auch geistig überwinden.

Sepp Hagen

Der 9. November in der Geschichte

1918

Deutschland wird Republik

Philipp Scheidemann ruft vom Fenster des Reichstages die Republik aus



1923

Putschversuch in München

Die Nationalsozialisten Marschieren zur Feldherrenhalle

1938

Reichskristallnacht

Ausschreitungen gegen Juden

1989

Mauerfall

Teilvereinigung Deutschlands

Ostpreußentreffen in Leipzig 2000

Schon mit einer gewissen Portion Wut im Bauch brach ich am Freitag vor Pfingsten zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Leipzig auf. Mein Zorn richtete sich vor allen Dingen gegen die interne Politik der Funktionäre der Landsmannschaft, die nichts anderes zu tun hatten, als ihren aktiven Jugendverband - die JLO wegen angeblichen Extremismus vor die Tür zu setzen. Damit es auf dem Treffen nicht zu stark in den Mittelpunkt gerückt werden konnte, erhielt ein Großteil der JLO-Mitglieder ausgerechnet in der Woche vor dem Treffen ein Schreiben des BJO, der Organisation der von der Landsmannschaft geförderten Spalter. In diesem Schreiben forderte René Nehring die JLO-Mitglieder zur Zusammenarbeit auf, stellte sich aber immer noch hinter die Vorwürfe und verschwieg die eigentlichen Zusammenhänge, welche zur Spaltung führten. Daß er und seine drei Mitstreiter Stolle, Knapstein und Danowski sich weigerten ein demokratisches Wahlergebnis anzuerkennen, war in dem Brief und dem beiliegenden „Fritz" Heft kein Wort wert. Sogar die JUNGE FREIHEIT widmete Nehring ein Interview.. Chefredakteur Dieter Stein, den ich an diesem Stand getroffen habe, wollte übrigens von den „Querelen" angeblich nichts gewußt haben.



Nach einer siebenstündigen Fahrt, die hauptsächlich aus „im Stau stehen" bestand, trafen wir an unserem Schlafquartier in Halle ein. Dort wurden wir schon erwartet und freundlich mit Steak und Wurst begrüßt. Um drei Uhr fielen die meisten von uns todmüde ins Bett, welches wir jedoch bereits um 6.30 Uhr wieder verlassen mußten, um rechtzeitig in Leipzig anzukommen. Wir mußten um 8.30 Uhr dort sein, um unseren Kaffeestand aufbauen zu können.

Unser Anliegen war es, zwischen Kaffe und Kuchen den älteren Herrschaften, die das Treffen besuchten, unsere Lage in der wir als JLO stecken, darzulegen.

Ein anderer Teil von JLO-Aktivisten, speziell der Landesverband Sachsen, dessen Vorsitzender übrigens vor Beginn der Veranstaltung schon ein Hausverbot erteilt bekam, baute vor dem Eingang der Messehallen einen Infostand auf.

Zwei Reihen neben uns hatte der BJO, der aber nicht unter dieser Bezeichnung fungierte, sondern sich als „Junge Ostpreußen" bezeichnete, seinen Stand aufgemacht.

Als „Bednarz Junges Ostpreußen" wären sie ihrem Namen wahrscheinlich noch mehr gerecht geworden. Jedoch, wenn man sich mit den dort arbeitenden jungen Leuten unterhalten wollte, stellte man fest, daß außer den bekannten Funktionären keiner richtiges Deutsch konnte. Der BJO hatte nämlich sein Fußvolk aus polnisch sprechenden Schlesiern requiriert.

Die Stimmung auf dem Treffen war allseits gedämpft. Dem direkten Konflikt gingen meines Erachtens die LO, wie auch die JLO aus dem Weg. Nur eine Frau aus dem Publikum ergriff, während der Podiumsdiskussion der Jugend unter dem Motto „Perspektiven der Jugend für Ostpreußen" das Wort. Sie verglich das Verhalten der LO-Führung gegenüber Andersdenkenden mit dem Verhalten der SED in der DDR. Der Moderator des Podiumsgesprächs Bernhard Knapstein würgte dieses Thema allerdings sofort ab. Ebenso wurde mit Erfolg jegliche politisch – brisante Diskussion im Keim erstickt. Am Ende hieß es nur: „in einem vereinten Europa werden sich alle Probleme wohl lösen lassen". Was aber, wenn nicht?

Am nächsten Morgen war die JLO wieder am eigenen Infostand

versammelt. Einige von uns verteilten zudem Flugblätter, in denen den älteren Ostpreußen die wahren Gründe der Spaltung dargelegt wurden.

Um 11 Uhr war die Abschlußkundgebung angesetzt. Als Hauptredner hatte man CSU – Staatsminister Erwin Huber eingeladen, daß Grußwort der Jugend sprach – unwidersprochen – René Nehring, für die Landsmannschaft deren Sprecher Wilhelm von Gottberg. Die gesamte Atmosphäre schien bedrückt. Durch die Hauptkundgebung schlichen sich mehrere organisatorische Mängel, nicht einmal der Fahnenausmarsch am Ende der Zeremonie funktionierte mehr richtig. Das Ostpreußen – sowie das Deutschlandlied wurde so getragen intoniert, daß man dachte man wäre auf einer Trauerfeier. Es sollte wohl ein Symbol für das **allerletzte** Treffen von Ostpreußischen Landsleuten sein, nachdem man nun dem Nachwuchs bewußt das Wasser abgegraben hat.

Der Vortrag von Erwin Huber war eine einzige Laudatio auf die hervorragenden Unionspolitiker Franz – Josef Strauß und den „Kanzler der Einheit" Helmut Kohl. Inhaltlich brachte der Redner nichts Neues, außer das er sich über die Vertriebenenkulturförderungspolitik der rot-grünen Bundesregierung ausließ. Als ob in den sechzehn Jahren unionsgeführter Bundespolitik etwas für die Vertriebenen getan wurde.
Als Aufhänger seiner Rede erwähnte Wilhelm von Gottberg Leipzig als früheren Sitz des Reichsgerichts, womit er die Bedeutung des Rechts als Haupttenor seines Vortrages herausstellen wollte. Im großen und Ganzen war die Rede gefällig formuliert jedoch inhaltlich äußerst moderat gehalten. Nur zu ein wenig Kritik an der heutigen Schulgeschichtsschreibung zum Thema Zweiter Weltkrieg, an den übermäßigen Entschädigungszahlungen, weil dabei die deutschen Heimatvertriebenen ausgeklammert wurden und an der jetzigen Bundesregierung konnte er sich durchringen. Von einem deutlichen Beharren auf völkerrechtlichen Rechtspositionen war in dem Vortrag des LO-Sprechers nichts zu vernehmen !
Mir stellt sich am Ende an sich nur die Frage: Wann merken die Heimatvertriebenen endlich wie sehr sie an der Nase herumgeführt werden? Alle Anwesenden hatten brav Applaus geklatscht!

Michaela Barannski

In eigener Sache

Wir, die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) sind die Jugendorganisation der über 2,7 Millionen Menschen, die aus Ostpreußen vertrieben wurden. Wir setzen uns ein für Kultur, Meinungsfreiheit und Verständigung. Zur neuen Freiheit von 1989 gehört auch die Freiheit, über Ostpreußen zu reden, sich zu informieren und dorthin zu reisen. Mit unserem Einsatz für Freiheit in Ostpreußen, für Freiheit im Umgang mit dem Thema Ostpreußen und für Freiheit in Deutschland sind wir Teil der Freiheitsbewegung der 89er. Wenn Du mehr wissen willst, schreib uns!

Junge Landsmannschaft Ostpreußen
e. V.
Postfach 200 111
17013 Neubrandenburg
e-Post: deutsche-zukunft@gmx.net

Neuer Vorstand gewählt

Nachdem die Ämter des Schriftführers, Schatzmeisters und Stellvertreters schon besetzt waren mußte nun noch ein Landesvorsitzender sowie ein Beisitzer gewählt werden. Diese Wahl fand dann auch am 7.10.2000 in Dresden statt. Nach langen hin und her konnte schließlich jemand gefunden werden, der das Amt des Landesvorsitzenden übernahm. Gewählt wurde Sylke Lauterbach. Die erste Frau als Landesvorsitzende in Sachsen. Als Beisitzer wurde Christian Jung gewählt.

Hier der neue Landesvorstand:

Sylke Lauterbach (Landesvorsitzende), Sören Grahl (stellvertretender Landesvorsitzender), Christian Jung (Beisitzer), Alexander Kleber (Schatzmeister), Sebastian Richter (Schriftführer)

Selbstbestimmung 2000 - „Terrorismus" oder Völkerrecht?

I. Selbstbestimmungsrecht - Wesen und sudetendeutsche Anwendungsbeispiele

von Rudolf Übelacker

Im Jahre 1917 forderte US-Präsident Woodrow Wilson in seinen "14 Punkten" u.a. die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts und rechtfertigte damit den Eintritt der USA in den I. Weltkrieg. Kriegsziel war die Zerstörung der österreichisch - ungarischen Doppelmonarchie und die Schwächung Deutschlands.

Schon damals zeigte sich die Anwendungsbreite des Selbstbestimmungsrechts: Seine "Sprengkraft" im unbefriedeten Mehrvölkerstaat und seine Bindungswirkung und Stärkung der staatlichen Souveränität. Das Wesen des Selbstbestimmungsrechts ist im Mehrvölker- bzw. im Vielvölkerstaat völlig verschieden im Vergleich zum Volksstaat, wo es absolut dekkungsgleich ist mit der staatlichen Souveränität und dem Willen des Volkes, seiner Herrschaft im eigenen Staat.

Nach dem Kriegsgewinn der Alliierten gegen die Mittelmächte wurde in den Pariser Vorortverträgen von 1919 durch ungleiche Rechtsanwendung Selbstbestimmungsrecht zugleich gewährt und verraten: Polen, die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien wurden - die beiden letzteren sogar in der Form des Vielvölkerstaates - unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht errichtet, während gleichzeitig eben dieses Recht Deutsch-Österreich, den mit diesem staatsrechtlich vereinigten Sudetenländern, aber auch Südtirol und dem besiegten Deutschland vorenthalten wurde. Schon damals war allen Beteiligten klar, daß mit der Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechtes im Nationalitätenstaat für die Minderheiten-Völker und -Volksgruppen die Loyalitätsfrage gestellt war. Anders ausgedrückt: Im Vielvölker-Kerker Tsche-cho-Slowakei (mit einer sudetendeutschen Minderheiten-Bevölkerung' von rund 3 Millionen) war bei Verweigerung der Minderheiten- und Menschenrechte der staatliche Vorwurf der Illoyalität ungerechtfertigt, das Recht auf Abtrennung des Sudetenlandes im Jahre 1938 uneingeschränkt zu bejahen. Die Ereignisse von 1938 in Mitteleuropa erhalten unter Selbstbestimmungsgesichtspunkten eine völlig andere Bewertung, als sie uns von der verzerrten Zeitgeschichtsdarstellung der Nachkriegszeit und von "political correctness" nahegelegt oder sogar abverlangt wird. Die Vereinigung des Sudetenlandes mit dem (um Österreich bereits erweiterten) Deutschen Reich, - heute gern und zugleich unzutreffend (Beweis: Lord Runciman) als "Hitlers letzter Erpressungsversuch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs" diffamiert - war in Wahrheit 20 Jahre verspätet gewährtes Selbstbestimmungsrecht und lange überfällige Wiedergutmachung für das Unrecht von 1918/19. Mit der Abtretung des Sudetenlandes an das Reich waren sowohl die Tschecho-Slowakische Republik (Benes-Anweisung an Necas mit nachfolgender Zustimmung aller politisch relevanten Kräfte in Prag) als auch die Westmächte Frankreich und Großbritannien ausdrücklich einverstanden. Die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechts durch die Sudetendeutschen - bereits aufgrund rechtlicher Begründung unangreifbar - kann somit auch aus alliierter westlicher Sicht, darüber hinaus in Anbetracht der CSR-Zustimmung noch nicht einmal von Prag als Akt sudetendeutscher Illoyalität bewertet werden und ist auch deshalb als Pseudo-Rechtfertigung für den Genozid von 1945/46 ungeeignet.

Die staatsrechtlichen Veränderungen von 1939 sind bei wahrheitsgemäßer Darstellung wie folgt zu bewerten: Die Selbständigkeit der Slowakei ab 14. März 1939 war selbstbestimmungsgemäß ebenso hat ihre erneute staatliche Selbständigkeit mit Wirkung vom 01. Januar 1993 unbezweifelbar dem Selbstbestimmungsrecht entsprochen. Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren - vielfach als schwerer Bruch tschechischen Selbstbestimmungsrechts fehlinterpretiert - bedarf einer stärker differenzierenden und relativierenden Betrachtungsweise. Das tschechische Volk war in seiner großen Mehrheit - sehr zum Leidwesen der Exilregierung Benes in London - mit den Lebens- und Gestaltungs-Möglichkeiten im Protektorat, an dessen Errichtung die Sudetendeutschen übrigens unbeteiligt waren, sehr wohl einverstanden. Dem tschechischen Volk ging es - ohne Wehrpflicht und bei gesicherten Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft bzw. in der Rustungsindustrie - so gut, daß es mit einem überragenden Geburtenüberschuß aufwarten konnten. In ihrer großen Mehrheit ging es den Tschechen in der Protektoratszeit nicht nur besser als den mit dem Reich vereinigten Sudetendeutschen in dieser Zeit; es ging ihnen auch besser als den Sude-

tendeutschen nach gewaltsamer Besetzung und Einverleibung ihrer Heimatgebiete in der I. CSR zwischen 1918 und 1938, so daß kein Anlaß für "Rache" besteht, einer weiteren tschechischen Schutzbehauptung und Pseudo-Rechtfertigung für Verbrechen. Die sog. "Rest-Tschechei" zwischen 1939 und 1945 war - ganz im Gegensatz zu den okkupierten und annektierten Sudetengebieten nach dem I. Weltkrieg - ein Staat im klassischen Sinne, allerdings ohne Außen- und ohne Kriegsministerium. Der Grund bzw. die "Notwendigkeit" für diese vergleichsweise geringen tschechischen Einschränkungen ergibt sich aus der Sicherheitslage des Deutschen Reiches in jener Zeit und führt zur Analyse des sog. "Litwinow-Paktes" von 1935. Auf Grund dieses Abkommens zwischen der bis 1938 antideutschen, säbelrasselnden CSR und der mit Angriffsplänen gegen Deutschland befaßten Stalin-UdSSR (vgl. "Barbarossa"), stellte die CSR der UdSSR Flugstützpunkte zur Verfügung, von denen aus Berlin in ca. 40 Minuten erreichbar war. Diese außen- und sicherheitspolitisch äußerst bedenkliche Bedrohung des Reiches durch die als sowjetrussischen Flugzeugträger bezeichnete Rest-Tschechei wurde durch die Protektoratslösung unter wirksame deutsche Kontrolle gebracht - ohne die tschechische Staatlichkeit zu beseitigen. Im Ergebnis war demnach das tschechische Selbstbestimmungsrecht zwischen 1939 und 1945 weitaus weniger beeinträchtigt als das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht zwischen 1918 und 1938. Dies wird bei den meisten Analysen der Experten nur ungenügend oder überhaupt nicht berücksichtigt; obwohl es für die Beurteilung von Vertreibung und Genozid, von sudetendeutscher Totalenteignung und Zwangsarbeit von maßgeblicher Bedeutung ist.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen ab 1945 als schwerste Menschenrechtsverletzung zu bewerten ist. Die Konfiskation des sudetendeutschen Individual- und Volksgruppenvermögens stellt in Verbindung mit Genozid und Vertreibung nicht nur eine schwere, andauernde Verletzung des Heimatrechts und der übrigen Menschenrechte und Grundfreiheiten dar, sondern einen eklatanten Bruch des Selbstbestimmungsrechts. Dieser Bruch des Selbstbestimmungsrechts kann



auch nicht durch den Hinweis auf freiheitlich-demokratische Verhältnisse der Aufnahmeländer der Sudetendeutschen relativiert oder gar kompensiert werden. Selbstbestimmungsrecht ohne Heimatrecht ist ein ähnlich mangelhafter Rechtszustand wie Heimatrecht (Verbleib in den angestammten Heimatgebieten) ohne frei ausgeübtes Selbstbestimmungsrecht.

II. Selbstbestimmungsrecht - Staatsrechtliche Alternativ-Modelle

Wenn "Demokratie" Volksherrschaft bedeutet, wenn das Volk politisch frei entscheiden kann und wenn das Volk in freier Entscheidung seinen eigenen Staat errichtet und verwaltet, so befinden sich Volk und Staat, Kultur und Sprache in völliger übereinstimmung und der Wille des Volkes mündet ein und stimmt überein mit den staatlichen Entscheidungen. Der Idealfall Siedlungsgebiete, gegeben sind. Bei den palästinensischen Siedlungsgebieten in Israel konnte gegenüber dem Staat - nach jahrelangen, zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis - ein palästinensisches Autonomiestatut ertrotzt werden. Dies ist nach dem Willen der Palästinenser aber noch nicht der Endpunkt der Entwicklung, die vielmehr noch in diesem Jahre zur Ausrufung eines souveränen Palästinenser-Staates führen soll und damit zur Loslösung der Palästinenser-Gebiete von Israel. In Indonesien haben wir erst kürzlich - nach blutigen Unruhen und einer tiefgreifenden Staatskrise- einen Anwendungsfall der Gewährung von Selbstbestimmungsrecht in Form der Anerkennung der Souveränität eines abgetrennten, verselbstständigten Gebietsteils erlebt: die Souveränität Ost-Timors.

Ein weiteres Modell der Abtrennung und gleichzeitigen Vereinigung mit einem anderen Staat bietet die Sudetenfrage: Die Lösung der Sudetenkrise des Jahres 1938 erfolgte nach dem Willen der unterdrückten und selbstbestimmungsberechtigten Sudetendeutschen durch Abtrennung der Sudetengebiete von der Tschecho-Slowakei bei gleichzeitiger staatsrechtlicher Vereinigung der Sudetenlandes mit dem Deutschen Reich - ein eindeutiger Anwendungsfall des Selbstbestimmungsrechts bei gleichzeitiger völkerrechtlicher Anerkennung durch die übrigen drei Signatarmächte des Münchener Abkommens (Italien, Frankreich, Großbritannien) und durch die betroffene CSR (Prager Abtretung vom 19./21. Sept. 1938).

Dies führt zur Interpretation des Selbstbestimmungsrechts im Mehrvölker-Staat als grundsätzlich "ruhendes Recht", das im Konfliktfall, z.B. bei Nichtgewährung von Volksgruppen- und Minderheiten-Rechten und bei willkürlicher Unterdrückung eines Bevölkerungsteils zum Vollrecht des Sezessions-Rechts erstarkt. Ein solcher Fall liegt bei Tschetschenien vor, dessen Autonomierecht von Rußland

mit Füßen getreten wurde und dessen Bevölkerung - ohne jedwede Schonung von Zivilisten - in zwei mörderischen Kriegen gezielt und gewollt dezimiert worden ist. Welches Recht außer Selbstbestimmung im Sezessions-Modell könnte hier eine friedenserhaltende Lösung auf Dauer gewährleisten?

III. Selbstbestimmungsrecht - Abwehrrecht gegen Fremdeinwirkung

Dem bereits erwähnten völkerrechtlichen Prinzip der "Nichteinmischung" entspricht das Abwehrrecht des souveränen Staates gegen Fremdeinwirkung, zugleich das Recht, sich gegen jede ihrer Einwirkungsformen zur Wehr zu setzen. Dies kann im Zurückweisen beeinträchtigender Fremdansprüche in öffentlicher Form oder auf diplomatischem Wege geschehen, aber auch - und dies insbesondere bei offenen Grenzen - in der Einreisehinderung "Fünfter Kolonnen" bzw. ihrem Abschub.

Ein Beispiel besonderer Art bietet in unseren Tagen die souveräne und demokratisch verfaßte Republik Österreich. Dieses (nettozahlende) EU-Mitgliedsland wird derzeit in zweifelsfrei unzulässiger Weise von außen wie im Inneren unter Druck gesetzt, wie ein Seuchenherd "unter Quarantane gestellt" mit dem Ziel, die nach demokratischen Wahlen vom 3. Oktober 1999 nach Koalitionsverhandlungen vom Staatspräsidenten "angelobte" ÖVP / FPÖ-Bundesregierung zu stürzen. Außenpolitisch wirkt eine erdrükkende Mehrheit zumeist sozialistisch regierter EU-Mitgliedsländer durch ihre Regierungschefs (angeführt vom portugiesischen Chef der Sozialistischen Internationale) gemeinsam mit der parteipolitisch gleichgerichteten EU-Kommission zusammen. Ziel des abgestimmten Verhaltens ist, Österreich unter Bruch seines Selbstbestimmungsrechtes und unter Mißachtung seiner Souveränität eine andere Regierung als die derzeitige Mehrheitsregierung aufzuzwingen. Gegen den österreichischen Staatspräsidenten und gegen den bisherigen sozialistischen Regierungschef besteht der - von politischen Kreisen anderer EU-Länder bestätigte - Verdacht, den Druck der EU nicht nur billigend hingenommen, sonder sogar ausdrücklich "bestellt" zu haben. Die Medien fragen: "Putsch oder Staatsstreich".

Im Inneren Österreichs, dessen Koalition sich auf die Entscheidung von ca. 54 Prozent der Wähler demokratischer Parteien berufen kann, probt eine Minderheit derzeit in Massendemonstrationen "den Aufstand" und will die demokratische Mehrheitsentscheidung des Volkes - mit Unterstützung ausländischer Berufs- und Hobby-Demonstranten und durch den rechtswidrigen, selbstbestimmungsfeindlichen Druck der EU beseitigen. Gegen diese demokratiepolitisch wie rechtsstaatlich unerträglichen Umsturz-Versuche von Linksradikalen, Basis-Grünen, Sozialisten, "Künstlern" und demokratie-feindlichen Mitläufern wird von den politischen Verantwortungsträgern der EU in keiner Weise "Front" gemacht; es wird vielmehr in decouvrierender Weise geschürt. Kommissions-Präsident Prodi stieß die für alle übrigen EU-Mitgliedsländer bedrohliche "Warnung" aus: So wie Österreich werde es jedem anderen Mitgliedsland unter vergleichbaren Verhältnissen ergehen! Selbst der israelische Außenminister ließ es sich - assistiert von maßgeblichen Glaubensgenossen in Europa - nicht nehmen, Österreich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und mit der Änkundigung eines Aufrufs zur Auswanderung der in Österreich lebenden Juden zu konfrontieren. Im Hintergrund steht offenkundig die Sozialistische Internationale, deren totalitärer Machtanspruch durch die Ablehnung und Bekämpfung jeder nicht - sozialistischen oder politisch adaquaten Regierung deutlich wird: Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes ist mit Nachdruck zu rügen, eine Fortsetzung seiner weiteren Verletzung mit Hilfe des Wählerwillens unter Disziplinierung der rechtsmißbräuchlichen Demo - Gewalt einer den Wählerwillen ignorierenden "Minderheit der Straße" mittels Exekutive zu unterbinden.

Die naheliegende Frage, warum die in Deutschland vor der Regierung Schröder/Fischer von CDU/CSU und FDP getragene Regierung Kohl/Kinkel nicht in gleicher Weise wie die österreichische ÖVP/FPÖ-Regierung bekämpft wurde, läßt sich in zweifacher Weise beantworten: Zum einen ist Deutschland seit 1949 und auch derzeit noch immer kein uneingeschränkt souveräner Staat (Hinweis auf fortbestehende alliierte Vorbehaltsrechte und ausstehenden Friedensvertrag), zum anderen stellt die programmatisch mit der FPÖ weitgehend vergleichbare bayerische CSU keine aus sozialistischer Sicht innerstaatlich oder gar europäisch "bedenkliche" politische Kraft dar, dies um so weniger, als die CSU von der großen Schwester CDU und dem linksliberalen Korrektiv FDP voll in Schach gehalten und an einer wirksamen Vertretung deutscher Interessen gehindert werden könnte. Ein weiterer möglicher Grund fur die bisherige ausländische Duldung wird in der als seriös geltenden "Wirtschaftswoche" im Zusammenhang mit der "CDU-Finanzaffäre" rund um den früheren Parteichef Kohl und dessen Schweigen zu den Spender-Namen lediglich angedeutet: Wie wäre es, wenn das Geld aus Drittstaaten gezahlt worden wäre? Es wäre ein "politischer Super-Gau" und ein Finanz-Modell zum Unterlaufen des Selbstbestimmungsrechts, das demokratiepolitisch und rechtsstaatlich nicht hinnehmbar wäre.

IV. Selbstbestimmungsrecht - Friedens -Völkerrecht

Selbstbestimmungsrecht, an vier Stellen der weltweit geltenden UNO-Charta verankert und seit der Wiener Vertragsrechts-Konvention (WÜRV) von 1969 zum zwingenden Völkerrecht erstarkt., dessen Nichtbeachtung Verträge unwirksam macht, muß - um des Friedens und der Wohlfahrt der Völker willen - eingehalten werden. Gegenüber staatlicher Souveränität muß es wegen seiner Menschenrechts-

Qualität im Zweifel Vorrang genießen. Zu fördern ist eine Selbstbestimmungs-Konvention mit Strafsanktionen im Nichtbeachtungsfall, die Terrorismus-Diffamierung ausschließt.

Würde das Selbstbestimmungsrecht weltweit geachtet, so würden die meisten zwischenstaatlichen und ethnischen Konfliktherde alsbald auf friedliche und dauerhafte Weise beseitigt sein. Konflikte in Fernost, in Schwarz-Afrika, aber auch auf dem Balkan und in der europäischen Staatenwelt nach dem Zerfall der UdSSR, heute insbesondere in Rußland, könnten der Vergangenheit angehören. Nicht nur das tschetschenische Morden könnte friedlicher Koexistenz weichen, sondern auch die Sudetenfrage könnte gerecht und dauerhaft gelöst werden. Die "Modelle" für eine Lösung - von der innerstaatlichen Autonomie bis zur Eigenstaatlichkeit - stehen zur Verfügung und warten auf die Umsetzung in der Praxis. Der erforderliche Umdenkprozeß bei den handelnden Staaten wird mit der fortschreitenden Anerkennung der Menschenrechte vorankommen. Rechtsbrecher müssen von der Staatengemeinschaft stärker in die Pflicht genommen werden - in Europa konkret: Polen und die Tschechische Republik, aber auch die souveränitätsbeschränkende EU! Der rechtsstaatlichen, freiheitlichen und demokratischen Republik Österreich muß das Selbstbestimmungsrecht ohne Einschränkung gewährt werden. Wer dies fordert, ist kein Terrorist,sondern Freiheitskämpfer!

Entnommen:

WITIKOBRIEF
Mitteilungsblatt der nationalen sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft

Triftstraße 1, 80538 München

Der Sack Kartoffeln

Eine Rechenaufgabe im Spiegel der Schulentwicklung

Volksschule 1950
Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 20 Mark. Die Erzeugerkosten betragen 4/5 des Erlöses. Wie hoch ist der Gewinn?

Realschule 1960
Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 20 Mark. Die Erzeugerkosten betragen 16 Mark. Berechne bitte den Gewinn.

Gymnasium 1970
Ein Bauer verkauft eine Menge Kartoffeln (K) für eine Menge Geld (G). G hat die Mächtigkeit 20. Für die Elemente aus G gilt: G ist 1 Mark. In Strichmengen müßtest Du für die Menge G „zwanzig“ (//////// ////////////) Strichlein machen, für jedes Element G eines. Die Menge der Erzeugerkosten (E) ist um „vier“ (////) Strichlein weniger mächtig als die Menge G, zeichne das Bild der Menge E als Teilmenge der Menge G und gib die Lösungsmenge (L) an. Frage: Wie mächtig ist die Gewinnmenge?

Integrierte Gesamtschule 1985
Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 20 Mark. Die Erzeugerkosten betragen 16 Mark. Der Gewinn beträgt 4 Mark.
Aufgabe: Unterstreiche das Wort „Kartoffeln“ und diskutiere mit Deinem Nachbarn darüber.

Weiter reformierte Schule 1993
ein kapitalistisch-priviligierter bauer bereicherd sich one rechtfärtigunk an einen sak kartofeln um 4 marck. untersuche den tekst auf inhaldliche unt gramatische ortogravische und zeichensätsungsfeler, korigire die aufgabenstälunk und demonstriehr gegen die lösunk.

2003
- äs giept keine kartoffln mär -

Wir über uns

Eltern aus Ostpreußen?

Müssen die Eltern aus Ostpreußen sein, wenn man bei der JLO mitmachen will? Keineswegs! Das ist für uns nicht wichtig. Natürlich finden wir es gut, wenn sich jemand seiner Herkunft bewußt ist. Entscheidend aber ist das Interesse für Ostpreußen...

Die JLO ist jung!

Sie wurde im April 1991 gegründet, der erste Fritz erschien im November 1991. Stimmrecht hat jeder von 14 - 35, Ältere sind als Fördermitglieder herzlich willkommen.

Die JLO ist aktiv!

Unsere Zukunft ist uns zu wichtig, um sie anderen zu überlassen. Wer mitbestimmen will, muß sich aktiv beteiligen. Wer nur zuschaut, wird irgendwann zum Opfer der Politik der anderen. Darum JLO!

JLO - was machen wir?

Lager, Fahrten, Radwanderungen in Ostpreußen, Seminare zu kulturellen, geschichtlichen, landeskundlichen Themen, Hilfstransporte, Kriegsgräberarbeit, Fritz, Volkstanz, Singen, politische Aktionen und und und...

JLO - was kostet das?

Eine Mitgliedschaft in der JLO kostet Schülern, Azubis und Studenten nur 2,50 DM im Monat, sonst 5,00 DM. Dafür gibt es zweimal im Jahr den Fritz und Ermäßigungen bei allen JLO-Aktionen.

Anschrift: (vorläufige Geschäftsstelle)

Junge Landsmannschaft Ostpreußen e. V.
Postfach 200 111
17013 Neubrandenburg

Heinrich von Kleist „Von der Liebe zum Vaterland"

Frage: Du liebst Dein Vaterland, nicht wahr, mein Sohn?
Antwort: Ja, mein Vater, das tu ich.
Frage: Warum liebst Du es?
Antwort: Weil es mein Vaterland ist.
Frage: Du meinst, weil Gott es gesegnet hat mit vielen Früchten, weil viele schöne Werke der Kunst es schmücken, weil Helden, Staatsmänner und Weise, deren Namen anzuführen kein Ende ist es verherrlicht haben?
Antwort: Nein, mein Vater; du verführst mich.
Frage: Ich verführe Dich?
Antwort: Denn Rom und das ägyptische Delta sind, wie Du mich gelehrt hast, mit Früchten und schönen Werken der Kunst, und allem, was groß und herrlich sein mag, weit mehr gesegnet als Deutschland.
Frage: Warum liebst Du Deutschland?
Antwort: Mein Vater, ich habe es Dir schon gesagt.
Frage: Du hättest es mir schon gesagt?
Antwort: Weil es mein Vaterland ist.

Bei diesem Dialog handelt es sich um das zweite Kapitel der Schriftreihe „Katechismus der Deutschen. Abgefaßt nach dem Spanischen zum Gebrauch für Kinder und Alte – In sechzehn Kapiteln" von Heinrich von Kleist. Kleist, von dem die Losung: „Im Staub mit allen Feinden Brandenburgs!" stammt, wollte mit diesem Lehrbuch aus dem Jahre 1809 die Deutschen aller Stämme zum Kampf gegen Napoleon aufrufen. Getreu dem Motto „Einigkeit macht stark." Der Hinweis auf den Spanischen Volkskrieg im Untertitel macht eine Tendenz in der Kriegsführung deutlich, die sich schließlich im preußischen Edikt über den Landsturm vom 21.04.1813 als königlicher Aufruf zum Partisanenkrieg manifestierte. Kleist, einer der bedeutendsten deutschen Dramatiker und Erzähler, wurde am 18.10.1877 in Frankfurt an der Oder geboren und nahm sich am 21.11.1811 am Kleinen Wannsee bei Potsdam das Leben.

Überreicht durch/von:

Spenden zur Förderung unserer weiteren Arbeit werden erbeten!
Stadtsparkasse Dresden, Blz: 85055142, Ktn: 458835164